

Mehr Natur für ein besseres Klima

Die CIPRA-Forderungen zum Naturschutz

Verändert sich das Klima, bekommt die Natur das zu spüren. Berggebiete sind besonders empfindlich, dort werden die höchsten Verluste an Pflanzen- und Tierarten befürchtet. Nach wissenschaftlichen Vorhersagen ist fast jede zweite Pflanzenart in den Alpen bis zum Jahr 2100 vom Aussterben bedroht. Für die artenreichste Flora in Mitteleuropa wäre das ein ungeheurer Verlust. Aber auch bekannte Tierarten wie Steinbock, Schneehuhn und Schneehase werden in den Alpen aufgrund der Erderwärmung massiv schlechtere Lebensbedingungen haben.

Ganze Ökosysteme sind vom Klimawandel betroffen. Beispiel Fließgewässer. Wenn sie sich, wie einige Modelle vorhersagen, in den nächsten Jahrzehnten um 2 Grad erwärmen, schrumpfen die Lebensräume für Fischarten, die auf Kaltwasser angewiesen sind, um bis zu einem Viertel.

Naturschutz und Klimaschutz können sich gegenseitig ergänzen. Intakte Lebensräume können die Folgen des Klimawandels besser abfedern als geschädigte. Zudem verbessern naturnahe Wälder, lebendige Moore und extensiv bewirtschaftete Wiesen unsere Bilanz der Treibhausgase: Sie binden Kohlenstoffe auf natürliche Weise. Deshalb muss es ein Schwerpunkt der Verbindung von Natur- und Klimaschutz sein, die Freisetzung von Treibhausgasen, die jetzt noch in Biomasse gebunden sind, zu verhindern.

Das Klima verändert sich heute schneller als in früheren Jahrzehnten, Ökosysteme reagieren jedoch zeitlich stark verzögert. Deshalb muss nun energisch gehandelt werden. Allerdings auch wohlüberlegt. Denn viele Massnahmen, die derzeit zur Bewältigung von Klimafolgen diskutiert werden, können den Naturhaushalt schädigen – und damit die wichtigste Klimaanlage, die wir haben. Die CIPRA begrüßt erneuerbare und klimaneutrale Energien. Aber nur, wenn die Folgen sorgfältig abgewogen werden. Zielkonflikte treten beispielsweise auf, wenn Talbiotope weichen sollen, um einem Stausee zur Stromgewinnung Platz zu machen, wenn Gewässer zum Hochwasserschutz in ein Betonkorsett gezwängt werden, wenn Schneeka-

nenen den Verlust natürlicher Niederschläge ausgleichen sollen oder wenn extensiv bewirtschaftetes Grünland zur industriellen Biodiesel-Plantage umbrochen wird.

Die CIPRA fordert:

(1) Ein Netz für die Natur!

Aufgrund der globalen Erwärmung verschieben sich auf der Nordhalbkugel der Erde die Vegetationszonen. Sowohl horizontal als auch zwischen Tal und Berg. Damit Tiere und Pflanzen auf diesen Wandel reagieren und neue Standorte zum Überleben finden können, müssen Schutzgebiete aber auch nicht geschützte Horte der Artenvielfalt erhalten und ökologische Korridore dazwischen geschaffen werden, um Wanderungen zu erleichtern.

(2) Alpenflüsse wiederbeleben!

Die Revitalisierung von Fliessgewässern reduziert Naturgefahren und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Klimafolgen. Bekommen Flüsse mehr Raum auf beiden Seiten, können sie mehr Wasser zurückhalten und so die Überschwemmungsgefahr vermindern. Gleichzeitig werden sie als Lebensräume für Pflanzen und Tiere vielfältiger und wertvoller. Um solche Renaturierungen überregional zu koordinieren, sollen die Alpenstaaten und die EU gemeinsam einen für alle verbindlichen Aktionsplan ausarbeiten, der für die Maßnahmen einen konkreten Zeitplan nennt und die erforderlichen Geldmittel bereitstellt.

(3) Moore erhalten!

Moore leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Sie bedecken zwar nur drei Prozent der Landfläche, speichern aber doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammen. Sie müssen deshalb konsequent geschützt werden. Jene Gebiete, die in der Vergangenheit trockengelegt und teilweise zerstört wurden, sollen renaturiert werden. Wiedervernässte Moore können wieder mehr Kohlendioxid speichern, gleichzeitig erhöht sich ihr ökologischer Wert, etwa als Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. Zudem wirken sie wie Schwämme: als natürliche Wasserspeicher, die unterhalb liegende Gebiete vor Überschwemmungen schützen können.

(4) Gütesiegel für Klimawälder!

Naturnah bewirtschaftete Wälder binden besonders große Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid. Gleichzeitig haben sie einen hohen ökologischen Wert, weil sie Tieren und Pflanzen vielfältige Nischen und Lebensräume bieten. Intakte Wälder können sich auf den zukünftigen Klimawandel besser einstellen und damit ihre vielfältigen Funktionen – darunter auch der Schutz vor Naturgefahren, etwa Lawinen – besser erfüllen.

Die CIPRA fordert, dass alle Wälder in den Alpen nach einem anerkannten System wie etwa dem Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden. Solche Zertifikate machen Aussagen über die natur- und sozialverträgliche Bewirtschaftung und helfen dadurch, so erzeugtes Holz aus den Alpen besser zu vermarkten. Wenn erforderlich, müssen Gesetze geändert werden, um BesitzerInnen privater Wälder ebenfalls zur Zertifizierung und zu nachhaltigem Wirtschaften zu verpflichten. Ausserdem sollen der bestehende Labelsalat entflechtet werden: Es braucht auf den Alpenraum angepasste, alpenweit gültige Kriterien, die Alpenkonvention ist der Ort, wo diese ausgearbeitet werden müssen.

(5) Nachhaltigkeit checken!

Alle Massnahmen, die den Klimawandel bremsen oder seine Folgen abpuffern sollen, müssen einem Nachhaltigkeits-Check unterworfen werden. Bei Konflikten zwischen Zielen des Klimaschutzes und des Naturschutzes darf nicht einseitig entschieden werden. Besonders heikel ist es, wenn bisher naturnahe Gebiete zu Industrie-Äckern werden, auf denen die Rohstoffe für Biotreibstoffe wachsen. Wasserkraftwerke und technische Anlagen für den Hochwasserschutz können ebenfalls große Schäden für den Naturhaushalt bedeuten. Bevor gebaut wird, muss jede Massnahme auf seine ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen untersucht werden. So wird vermieden, dass aus „Gut gemeint“ ein „Schlecht gemacht“ wird.

(6) Fairen Ausgleich schaffen!

Land- und Forstwirte, die zugunsten des Naturschutzes auf einen Teil ihrer Erträge verzichten, müssen dafür entschädigt werden. Ihre Flächen können zum Beispiel wichtige Elemente von Biotopverbundsystemen oder Renaturierungen sein. Die derzeitigen Fördersysteme der EU und der meisten Alpenländer bieten keine ausreichenden Entschädigungen für solche Fälle und müssen dringend verbessert werden.

Schaan, November 2009